

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Melantra 18.

Telephone:
Tagesredaktion:
26795, 31469.
Nachredaktion: 26797.

Postfachamt: 57344.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

8. Jahrgang.

Sonntag, 22. April 1928.

Nr. 97.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 90.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Ersteinstellung mit Ausnahme
des Montag täglich 1928

Heute wählt Frankreich!

Im Kampf um die mehr als 600 Mandate der französischen Kammer wird heute die erste Schlacht geschlagen. Das neue französische Wahlsystem bringt es mit sich, daß unter Umständen die weitaus größere Zahl der Abgeordneten erst im zweiten Wahlgang gewählt wird, denn heute erscheint nur als gewählt, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen in seinem Wahlkreis erhält. Da auf jeden Wahlkreis durchschnittlich sechs Kandidaten entfallen, wird der Sieger oft mehr als fünf Gegenkandidaten mit absoluter Mehrheit zu schlagen haben, wenn er heute schon sein Mandat erkämpfen soll. Erst in der Stichwahl genügt die relative Mehrheit, das heißt, die größte Stimmenzahl, um das Mandat zu besiegen. Immerhin wird der heutige Wahltag ein Bild der Kräfteverteilung geben, während der kommende Sonntag ein Tag der Kompromisse sein wird, der nicht mehr so klar die Stärke der einzelnen Parteien offenbaren kann; denn eine ganze Reihe von Kandidaten wird aus dem zweiten Gang ausscheiden, um einer nahestehenden Gruppe den Sieg zu ermöglichen. Wie Frankreich über die strittigen Fragen seiner inneren und äußeren Politik denkt, wird vor allem der erste Wahltag zu erweisen haben.

Als vor vier Jahren die Nachricht von dem überwältigenden Siege des Kartells der Linken eintraf, war Deutschland, waren wir alle freudig überrascht. Wir hatten in den fünf Jahren französischer Siegespolitik wenig oder nichts von einer Auflehnung der öffentlichen Meinung gegen Clemenceau und später Poincaré vernommen, wir sahen in jedem Franzosen einen fanatischen Hasser Deutschlands und wir rechneten im besten Falle mit einer Schwächung des Nationalen Blokes. Daß Poincaré und sein Bloc national geschlagen aus dem Kampfe hervorgehen, daß wir eine pazifistische, verständigungsbereite Mehrheit in Frankreich erhalten würden, hatten wir nicht geahnt — und kaum ahnen können. Denn was an Nachrichten aus Frankreich zu uns bringt, kommt aus Paris, das in diesem Sinne immer noch wie einst in den Tagen der Revolution, Frankreich bedeutet. Die großen Zeitungen erscheinen in Paris, werden von Parisern für Pariser geschrieben. Das Zentrum der Hauptstadt aber ist nationalitätstreu; Bürger, Intellektuelle, Deffasirte bilden die „öffentliche Meinung“; nur am Rande von Paris, in Vincennes, im Faubourg, St. Antoine, in den Proletariatsvierteln dominieren Sozialisten und, gerade in der Hauptstadt, sehr stark Kommunisten.

Die Entscheidung im Wahlkampf bringt jedoch nicht Paris, sondern das Land. Abgesehen von den Industriegebieten des Nord und Flanderns, Mittel- und Südost-Frankreichs, die sozialistisch sind, beherrscht das flache Land immer noch wie zu den Zeiten des ersten und dritten Napoleon der französische Bauer. Nach der großen Agrarrevolution von 1789 hat sich in Frankreich nie wieder ein großer Grundbesitz entwickeln können. In kleine Parzellen zerlegt, ernährt das fruchtbare, an Wein und Weizen so reiche Land Millionen kleiner Landwirte und mit ihnen eine kleinbürgerliche, gewerbetreibende Dorfbourgeoisie. Der Krieg hat diesen Dörfern und ihren Bewohnern viel mitgespielt. Im Norden wurden zehntausende Häuser dem Boden gleich gemacht, das Feld von Granaten zertrümmert, der Wald verbrannt, die Acker vertilgt. Im übrigen Frankreich nahm er ihnen zwar nicht Haus und Feld, aber die Söhne und Töchter bis ins fräglichste Mannesalter. Er schuf die Weiberdörfer, in denen kaum ein Mann zwischen 20 und 40 zu finden war. Im Jahre 1919 wählten die Bauern national; denn jetzt wollten sie sich gegen einen neuen deutschen Angriff ihre Kinder und Enkel schützen, wie 1870 ihre Väter und Großväter, wie 1914 sie selbst die „Brüssels“ auf allen Straßen nach Paris reiten sahen. Jetzt wollten sie vor allem Geld, um ihre Häuser zu bauen, ihre Felder wieder fruchtbar zu machen.

Poincaré aber marschierte an die Ruhr. Er verpulverte das Geld, statt Häuser zu bauen,

Kriegsächtungs-Humbug.

Frankreich schlägt Kriegsächtung vor, will aber alle seine bisherigen Bündnisverpflichtungen aufrecht erhalten.

Berlin, 21. April. (Wolff.) Der gestern vom französischen Botschafter dem Reichsaussenminister überreichte Vorentwurf der französischen Regierung für einen Kriegsächtungspakt enthält eine Präambel und sechs Artikel, die im wesentlichen folgenden Wortlaut haben:

Artikel 1. Die vertragschließenden Parteien erklären feierlich, ohne damit die Ausübung ihres Rechtes auf rechtmäßige Verteidigung beeinträchtigen zu wollen, so wie dies in den bestehenden Verträgen festgelegt ist, besonders wenn solche Verträge die Verletzung gewisser darin enthaltener Bestimmungen einem feindlichen Akt gleichstellen, daß sie die Inanspruchnahme des Krieges verurteilen und auf ihn als Werkzeug der internationalen Politik verzichten.

Artikel 2. Die Regelung aller Streitigkeiten oder Konflikte wird von den Beteiligten niemals anders als auf friedlichem Wege angestrebt werden.

Artikel 3. Wenn eine der vertragschließenden Parteien diesen Vertrag verletzen sollte, würden die anderen vertragschließenden Mächte

dieser gegenüber von Rechts wegen von ihren in dem Vertrage übernommenen Verpflichtungen befreit sein.

Artikel 4. Die Bestimmungen dieses Vertrages beeinträchtigen in keiner Weise die Rechte und Pflichten, die sich für die vertragschließenden Mächte aus früheren internationalen Übereinkommen, an denen sie beteiligt sind, ergeben.

Artikel 5. Alle Mächte werden zum Beitritt zu diesem Vertrage aufgefordert werden. Der Vertrag wird erst in Kraft treten, nachdem er allgemein angenommen sein wird.

Amerika läßt sich nicht bluffen.

Paris, 21. April. Die „Petit Parisien“ aus New York meldet, liegen in den Kreisen des Staatsdepartements Anzeichen dafür vor, daß der Gegenwärtige Frankreichs, betreffend die Kriegsächtung wenig Aussicht auf Annahme seitens der Vereinigten Staaten hat, insbesondere soweit die Klausel in Betracht kommt, welche besagt, daß die aus früher abgeschlossenen Verträgen sich ergebenden Verpflichtungen nicht aufgehoben werden können.

St. Gotthard.

Ausarbeitung des Berichtes an das Dreierkomitee.

Genf, 21. April. Die beiden Abrüstungssachverständigen, die sich auf Veranlassung des Dreierkomitees des Rates in Begleitung des Direktors der Abrüstungsabteilung des Völkerbundes, Colban, vor einer Woche zu weiteren Erhebungen an die österreichisch-ungarische Grenze nach St. Gotthard begeben haben, haben ihre Mühlent nach Genf für heute Abend angezeigt. Ihr Bericht dürfte, wie man hier annimmt, in wenigen Tagen fertiggestellt sein und dann dem Dreierkomitee des Rates zugestellt werden, das im nächsten Monat voraussichtlich im Haag zur Ausarbeitung seiner Vorschläge an den Rat für dessen Juni-Tagung zusammenzutreten wird.

Die Mailänder Gefängnisse überfüllt.

Mailand, 21. April. Bei der Untersuchung über das Bombenattentat sollen die Behörden einem antisemitischen Geheimbund auf die Spur gekommen sein, der auch Verzweigungen in Rom und Turin haben soll. Mehrere seiner Mitglieder wurden verhaftet. Die Nachforschungen nach den eigentlichen Urhebern des Attentates haben täglich zahlreiche neue Verhaftungen zur Folge, woraus man sieht, daß die wahren Urheber noch nicht ermittelt sind. Gestern wurden allein über hundert Personen festgenommen. Das Untersuchungsgefängnis von Mailand ist mit politischen Gefangenen überfüllt; die Verhafteten gehören den mannigfaltigsten Ständen und Berufen an. Während die Nazis bisher hauptsächlich im Lager der ehemaligen Kommunisten und Anarchisten vorgekommen wurden, sind jetzt auch zahlreiche Ex-faschisten verhaftet worden.

er rief die jungen Bauernsöhne zu Zehntausenden in die Arme und schickte sie über den Rhein. Die Bauern wollten Frieden, Ruhe, Arbeit. Sie stimmten nahezu geschlossen für die Radikalen und ihre Flügelgruppen, für jene französische Partei, die eigentlich keine ist, die kein Programm hat und nur ein paar Köpfe, die den Leuten noch immer die alten Geschichten von 1789 erzählt, von Freiheit, Gleichheit und ein wenig Obleid. Das Land entschied am 11. Mai 1924 für den Frieden, gegen Poincarés nationalisistische Außenpolitik.

Die Radikalen regierten nur ein Jahr, die Staatskunst dieser Partei ohne Programm reichte nicht weiter aus. Da sie das sozialistische Rezept der Vermögensabgabe kannte, selbst aber keines hatte, mußte sie das Poincarés akzeptieren. Zu diesen recht klugen, wohlmeinenden und friedlichen, aber sehr bald rat- und hilflosen Radikalen kam Poincaré wirklich wie der Arzt. Sinter ihm stand das Comité des forges, die Schwerindustrie, also, hinter ihm standen die Banken. Er hielt den Fall des Franc auf. Aber er stabilisierte ihn noch nicht. Das hebt er für die neue Kammer auf. Er setzt den Franzosen das Messer an die Kehle: Wenn ihr mich wählt, rette ich endgültig den Franc — wählt ihr die Rechten, dann stürzt die Valuta! Keine solche Wahlparole im Lande der Rechten und linken Leute! Nicht die Angst vor dem Bolschewismus und vor den Deutschen, die man durch bluttrübe Plakate zu wecken sucht, wird die Kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen für Poincaré stimmen lassen, sondern die Angst um den Franc.

Da die bürgerlichen Radikalen nicht daran denken, Poincaré zu verlassen, wird er, ob nun die beiden proletarischen Parteien Mandate gewinnen oder durch die Tücke des Wahlsystems

Ist mit den Kommunisten eine Verständigung möglich? Kommunistische Antworten.

Es gibt noch immer Arbeiter, auch kommunistisch eingestellte, welche noch immer nicht die wahre Bedeutung der Spaltung der Arbeiterklasse in zwei sozialistische Lager klar erkennen. Wenn sie auch angesichts des erschwerten Kampfes gegen das gewaltige Kapital (siehe den letzten Bergarbeiterstreik) das Gefährliche der Situation zu Ungunsten des Proletariats beobachten, verneinen sie doch immer wieder, der Riß sei nicht so tief, und lasse sich deshalb bei einigem guten Willen überbrücken.

Alle jene, welche so denken, übersehen vollständig, daß die kommunistische Führung an derlei nicht einmal im Traum denkt und an der Politik festhält, die sozialistischen Parteien durch scharfsten Kampf mit auszurollen. Der letzte Moskauer Beschluß, durch eigene kommunistische Kandidaturen bei den Parlamentswahlen in Frankreich und England den Sieg der „Reformisten“ zu erschweren, ist genügend bekannt.

In planmäßiger Weise sucht die kommunistische Internationale in allen Ländern der sozialdemokratischen Bewegung das Wasser abzugraben. Diesem Zwecke dienen auch die „berühmt“ gewordenen Rußlanddelegationen. Ihre Aufgabe ist es, aufgrund oberflächlicher Beobachtungen und einseitiger Informationen für die Kommunisten laut die Reflektrommel zu schlagen.

Mit einem Haufen wohlvorbelebten, meist gedruckten Materials aus der Moskauer Werkstatt der Weltrevolution versehen, werden diese Delegierten auf die oft ahnungslosen Arbeiter losgelassen, um diese gehörig zu präparieren.

Die letzte deutsche und französische Delegation hat unter dem ihr mitgegebenen Material auch ein Interview am 5. November 1927 mit dem heutigen Staatspräsidenten Rußlands, Stalin, das zum Teil schon veröffentlicht wurde. Die jehatische Art und Weise, wie er gewisse unangenehme Fragen „erledigt“, ist für die Praxis der kommunistischen Einseitigkeitsmethode höchst charakteristisch.

Die deutsche Delegation stellte an Stalin u. a. folgende Frage:

„Warum existiert keine sozialdemokratische Partei in Rußland?“

Die Antwort Stalins lautete:

„Eine sozialdemokratische Partei in Rußland würde eine konterrevolutionäre Partei sein. Die historische Entwicklung unter Kerenki hat dazu geführt, daß die Sozialdemokratie als Koalitionspartei konterrevolutionär geworden ist; haben doch Sozialdemokraten auf Kollatschs Seite gekämpft. Im kapitalistischen Staat kann die Stellung der sozialdemokratischen Partei unter Umständen etwas anderes sein. Aber letzten Endes stützt sie auch dort den Kapitalismus gegen die Kommunisten.“

Die sozialdemokratische Partei wird um jeden Preis als konterrevolutionär bezeichnet, wenn auch auf Kosten der Wahrheit. Genosse Dr. Schwarz aus Berlin hat die lede Behauptung von der Unterstützung der Kollatsch-Armee durch russische Sozialdemokraten abgelehnt. Genauer kämpfte mit anderen russischen Sozialdemokraten auf Seite der Bolschewiki gegen Kollatsch. Der einzige sozialdemokratische Überläufer Majski wurde von den Kommunisten später in Gnaden aufgenommen und avancierte sogar zum Gefandten in Tokio. Der russische Sozialdemokrat Dr. Schwarz, der gegen Kollatsch kämpfte, mußte dagegen ins Exil. Daß Stalin die nicht-russischen Sozialdemokraten in Rußland und Bogen ebenfalls als konterrevolutionär verdächtigt, ist selbstverständlich, da dies dem kommunistischen System entspricht. Im übrigen besteht in Sowjetrußland eine sozialdemokratische Partei, natürlich illegal.

Die Frage: „Warum werden die verhafteten Menschewiki nicht aus der Haft entlassen?“, beantwortete Stalin wie folgt:

„Erstens werden nur aktive Mitglieder der menschewistischen Partei in Haft gehalten. Wer nicht aktiv gegen die gegenwärtige Verfassung der UdSSR auftritt, wird entlassen.“ Er bestritt weiters, daß Menschewiki nur wegen ihrer Meinung gefangen gehalten werden. Was unter „aktivem Vergehen gegen die Verfassung“ zu verstehen ist, verweigert Stalin wohlweislich. An dem Schicksal der Trozki-Opportunisten ist aufs deutlichste ersichtlich, wie wenig dazu gehört, um in die Verbannung geschickt zu werden.

Wichtig ist die nachstehende Frage: „Erscheint der russischen Regierung eine Vereinigung der II. und III. Internationale möglich?“

Brompt antwortete Stalin: „Nein, sie verfolgen ganz verschiedene Richtungen der Politik.“

Mit dieser Antwort ist die Hoffnung der Rechten, mit den Kommunisten tiefe sich reden, es sei möglich, zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten die Einigung herzustellen, glatt erledigt.

Auch aus anderen Äußerungen führender Kommunisten Russlands ist zu ersehen, daß es sich den Kommunisten absolut nicht darum handelt, irgendwie eine Verständigung mit den Sozialdemokraten herbeizuführen.

Die Delegierten bekamen auch die Broschüre „Was ist die Rolle der Gewerkschafts-Internationalen?“ in die Hand gedrückt, in welcher nach allen Regeln bolschewistischer Verdrehungskunst die Arbeiterdamer Gewerkschafts-Internationalen heruntergemacht wird. Auf der Seite 39, im Schlusssatz, steht der charakteristische Satz: „Was bedeutet aber in Wirklichkeit der Reformismus in der Arbeiterbewegung? Das ist eine Theorie und eine Praxis, welche sich die Aufgabe, die Arbeiterklasse in ein Werkzeug des Kapitalismus zu verwandeln, zum Ziel gesetzt hat.“ Welch niedrige Verehrung!

Man sieht: Die Kommunisten kennen gegenüber der Sozialdemokratie nur eines: rücksichtslosen Kampfs. Das ist ihr eigentliches Lebensziel. Der Kampf gegen den Kapitalismus tritt dabei eigentlich in den Hintergrund.

Diese Tatsache darf in keinem Falle übersehen werden. Das kommunistische Geröde von der proletarischen „Einheitsfront“ ist und bleibt unter diesen Umständen ein heimtückisch, taktisches Manöver der Moskowiter.

Alle Sozialdemokraten, die in den diversen Organisationen mit den Kommunisten zusammengekommen, dürfen diese Tatsache niemals aus dem Auge lassen. Auf die Dauer ist ein Zusammenarbeiten mit ihnen völlig ausgeschlossen.

Zaleski über seine Romreise.

Die unerschütterliche Kleine Entente.

Warschau, 21. April. Außenminister Zaleski, der gestern abends nach Warschau zurückkehrte, äußerte sich in einem Interview über den Zweck seiner Reise nach Rom. Der Minister erklärte unter anderem, während der Begegnung mit Mussolini habe es sich um die Besprechung der allgemeinen internationalen Lage und um Erörterungen über die Möglichkeit der Zusammenarbeit in der Zukunft gehandelt. Der Minister habe mit Genugtuung konstatiert, daß die Politik Italiens und Polens in ihren Hauptzügen in derselben Richtung gehe. Auf den Hinweis, daß die ausländische Presse den Besuch des Außenministers in Rom als einen Wendepunkt in der Außenpolitik Polens bezeichnete, antwortete der Minister, daß diese Behauptung vollkommen unbegründet ist. Auf eine Bemerkung der Pressevertreter, daß seitens der Staaten der Kleinen Entente in Verbindung mit der italienischen Reise des Außenministers gewisse Befürchtungen geäußert wurden, antwortete der Minister, daß das Interview, welches er am Tage seiner Abreise der rumänischen Agentur „Rador“ gewährt hat, solche Befürchtungen nicht bestehen lasse.

Nachdruck verboten.

Der Baldams und seine Streiche

Verlegt vom Bücherkreis in Berlin 1927.

Von Oskar Wöhle.

22

Da ich anständig war, konnte ich ihm bei diesen Arbeiten helfen. Er lobte mich und sagte, das habe ich heute eine leichte und geschickte Hand. In Geld zahlte er mir pro Arbeitstag einen Franken fünfzig aus. Essen konnte ich bei ihm umsonst; fürs Schlafen aber mußte ich selber sorgen. Meist ging ich in das Lokal der Heilsarmee in der Rue de Chabrol. Weil ich sah, daß sich die anderen nach uns Bett legten, um keine Läuse zu bekommen, tat ich auch. Effekt: am Morgen war mein Bett weg gestohlen. Ich konnte reklamieren, wie ich wollte, es nützte alles nichts. „Bist du besser auf, du deutscher Schafkopf!“ Dies Sprüchlein war der ganze kümmerliche Hembler. Wohl oder übel mußte ich hemblos abgittern. Ich knüpfte den Rock bis oben zu, so daß man nichts merken konnte. Herr Thiel ging an dem Tag mit mir zu einem Friseur, der mir die Haare richtete. Dann mußte ich die Geige holen und einem Bekannten des Herrn Thiel, einem Kapellmeister vorspielen. Dieser stellte mich ein. Jede Nacht von zehn bis zwei Uhr sollte ich in meinem Streichorchester, das Tanzmusik machte, mitspielen. Für jeden durchgehenden Abend zahlte er vier Franken. Davon konnte ich bei meinen winzigen Ansprüchen bequem leben.

Weil meine Kleider hier bis auf den Einschnitt abgebraucht waren und ich nicht gut so jahrelang unter die Menschheit konnte, sagte Thiel: „Da muß Abhilfe geschaffen werden, junger Freund; denn Paris beurteilt alles nur nach der Schale. Ist die intakt, dann gehen alle Türen von allein auf. Bist du verrissen, so schmeißt dich schon der Türhüter hinaus, noch ehe du dein

Wie es in den Fabriken aussieht.

Aus den Berichten der Gewerbeinspektoren.

Stiegen.

Die Stiegen aus dem ersten Stockwerk einer Gemüsekonservenfabrik lagen ein wenig abseits und die Arbeiter, selbst Frauen benutzten deswegen zum Abstieg lieber eine Leiter, die im Schacht des Aufzuges aufgestellt wurde (Zeitschen). Die Verwaltung einer anderen Fabrik beschäftigte Sanitär auf dem Boden einer Werkstätte, welche bloß mit der Leiter erreichbar war (Neutra).

Notausgänge.

Manchmal fehlten die Notausgänge überhaupt, oder sie waren durch verschiedene Gegenstände verstellt, oder mit Brettern verschlagen. Es wurde auch ein Notausgang gefunden, der so gedanklos angelegt war, daß keine Tür, nachdem man sie aufgemacht hatte, den Abstieg aus dem oberen Stockwerk über die Stiege unmöglich machte. In drei Unternehmungen waren die Schlüssel zu den Notausgängen entweder überhaupt nicht bei der Hand, oder waren in den Kankleien hinterlegt.

Aus einer Dachbodenkammer (Arbeitsraum) in einer Tuchfabrik, welche bloß auf Holzstufen erreicht werden konnte, führte der Weg zu den Reinigungsleitern durch das Lager, welches jedoch zugesperrt war (Brünn).

Beheizung.

Die Montierungswerkstätte einer Maschinenfabrik hatte überhaupt keine Heizung oder Heizeinrichtung, in zwei Gießereien benötigte man offene Kessel mit brennendem Koks, in einer Tischlerei wurde ein kleiner löcheriger Ofen aufgestellt, aus dem der Rauch aufstieg.

Explosivstoffe.

Die Gefahren, welche Explosivstoffe und Arbeiten damit hervorrufen, werden oft übersehen, trotzdem jeden Augenblick Unglücksfälle, ja tödliche Unfälle auf sie aufmerksam machen. Berichte aus acht Aufschlagsbezirken bringen Belege über den unbegreiflichen Leichtsinn von Menschen, denen der Sinn für die eigene Sicherheit und die ihrer Mitarbeiter durch den täglichen Umgang mit diesen verderben bringenden Material abgeht. Die häufigsten Unfälle:

Der Kampf um die Sozialversicherung.

Große Kundgebung in Arnau.

Arnau, 21. April. (Eigenbericht.) Heute fand hier eine große Demonstration der gesamten Arbeiterschaft gegen die Verschlechterung der Sozialversicherung statt. Die Arbeiter hatten um 9 Uhr vormittags die Arbeit niedergelegt und waren aus den Betrieben direkt zum Versammlungsort gezogen. Etwa 1300 bis 1400 Personen waren versammelt, als Genosse Rind, Tranterau, die Versammlung eröffnete. Gen. Abg. Schäfer, Reichenberg, hielt das Referat. Nachdem er geendet hatte, verurteilten die Kommunisten zu stören. Der kommunistische Redner, der sich auf den Tisch geschwungen hatte, konnte jedoch nur einige Minuten sprechen. Zum Schluß stimmten die Kommunisten für die Resolution, welche die Gewerkschaften vorgelegt hatten. Die Arbeiterschaft Arnau hat damit zum Ausdruck gebracht, daß sie mit aller Kraft den Kampf gegen die Bürgerblockregierung zu führen entschlossen ist.

Schleichen betreffen das Lagern der Explosivstoffe, welche öfters an frei zugänglichen Stellen gefunden wurden. Der Funktionär des Laborer Inspektors hat in der Kleiderablage eines Steinbruchs Dynamit und Zündschnüre im offenen Korb gefunden, anderwärts wurde

Sprengpulver im Dachvorsprung neben einer Schmirde zusammen mit einigen Fässern Benzin aufbewahrt

und in einem weiteren Steinbruch lag in einem arbeitslosen Schrant mit diesen gefährlichen Stoffen nicht neben der Esse eine Schmirde. Bei einer überraschenden Revision eines Lagers von Explosivstoffen kam zutage, daß der Eigentümer des Steinbruchs 25 Kilogramm

Schlagpulver in einem Steinlopf aufbewahrt, der auf einem bewohnten Gange etwa ein Meter vom brennenden Sparherd aufbewahrt war. Auf diesem Sparherd war eine Schachtel mit 30 Zündschnüren, „damit sie austrocknen“.

Aborte.

Für die Sorge um gute Aborteinrichtungen, die unter Kulturmenschen selbstverständlich sind, haben viele Unternehmer kein genügendes Verständnis. Insbesondere, so weit es sich um Bauten, Steinbrüche, Ziegeleien handelt, wo es selbst an den primitivsten Einrichtungen mangelt. In einem Unternehmen haben 56 Arbeiter einen einzigen Abort benötigt und

in einer Glasfabrik, die 266 Arbeiter beschäftigt, waren nur zwei kleine unreine Aborte.

Abhilfe wurde erst nach einer Anzeige bei der Gewerbebehörde geschaffen (Zeitschen und Lep.). In zwei Glasfabriken waren die Arbeiter, die in der Hitze arbeiteten, gezwungen um ihr Bedürfnis zu stillen, über den Hof zu gehen, was bei kalter Witterung äußerst ungesund war (Zeitschen). Im übrigen betrafen unzählige Unzulänglichkeiten mangelnde Beleuchtung in den Aborten, unergiebige Beleuchtungskörper, Eintritt zum Frauenabort beim offenen Pissoir, ungenügende Anzahl von Aborten und Einrichtungen von

Pissoiren auf dem Dach, mit der Ableitung in die Traufe (Preßburg und Neutra).

Wie die Kommunisten den 1. Mai feiern wollen.

Die kommunistischen Blätter veröffentlichten den Aufruf des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale zum 1. Mai, in welchem zum Schluß unter anderem die folgende Parole steht: „Nieder mit den Sozialdemokraten, den Agenten der Bourgeoisie!“ Die sozialdemokratischen Arbeiter, welche mit kommunistischen Arbeitern in einem Betrieb arbeiten, mögen ihre kommunistischen Kollegen einmal fragen, ob die kommunistische Partei auf diese Weise die Einheitsfront des Proletariats herstellen will. Man wird sich diesen Passus aus dem Malartraf der Kommunisten gut merken müssen und wird ihnen denselben überall entgegenhalten, wo sie mit ihrer Einheitsfrontparole hantieren gehen werden. Die abgrundtiefe Demagogie der Kommunisten, der Unverstand, mit dem sie Politik machen, das moralische Niveau dieser Partei wird daraus offenbar.

Unangebrachte Scherze des Herrn Manr-Harting.

Wie sich unsere „demokratische“ Regierung freie Wahlen vorstellt.

Am 25. Oktober vorigen Jahres haben die Abg. Pohl, Taub und Genossen an die Minister des Innern und der Justiz eine Interpellation gerichtet, in der sie die willkürliche Konfiskationspraxis der Behörden während des Wahlkampfes aufzeigten, eine Praxis, die sich nur als ausgeprägte Wahlhilfe für die deutschen Aktivisten und als Behinderung der oppositionellen Agitation charakterisieren läßt. Nach etwa einem halben Jahre, statt, wie die Geschäftsordnung vorschreibt, binnen zwei Monaten, haben nun die Herren Cerny und Dr. Manr-Harting eine Antwort erteilt, die man schon tief hängen muß, weil sie für den Geist unseres Regimes ungemein bezeichnend ist.

Die Herren Minister behaupten zunächst trocken:

„Das Ministerium des Innern und das Justizministerium haben keine Befugnisse für den Vollzug der Zensur der Wahlplakate gelegentlich der letzten Gemeindevahlen herausgegeben.“

Worauf wir nur ebenso trocken erklären können, daß wir dieser Behauptung den Glauben versagen. Dann folgt die Verteidigung der verübten Konfiskationen:

„Sowohl die politischen Bezirksverwaltungen als auch die örtlichen Verhältnisse der Aufrechterhaltung einzelner Wahlplakate der deutschen sozialdemokratischen Partei verboten haben, taten sie dies bloß aus dem Grunde der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, weil diese Plakate entweder durch Abbildungen oder durch den Wortgebrauch gegen andere sehr zahlreiche Gruppen und Stände der Bevölkerung ungenügend waren oder eine Kritik der Gesetze enthielten, wodurch öffentliches Ärgernis erregt werden konnte.“

Eine Preisfrage an den Herrn Minister Cerny, der ein erfahrener politischer Beamter, und an den Herrn Dr. Manr-Harting, der immerhin früher einer politischen Partei ist: Wie sollen sich die Herren eine Wahlkonnotation vor, die nicht „scharf gegen andere Gruppen“ zugeht, vorstellen? Auch daß eine bloße Kritik von Gesetzen unterdrückt werden mußte, ist sehr schön und äußerst demokratisch. Wenn die Herren aber tatsächlich der Meinung sind, daß eine Kritik bestehender Gesetze unter Umständen öffentliches Ärgernis erregen könne, warum haben sie dann die schamlose Fege der Hausbesitzer gegen den Mieterkühn geduldet, die wachhaltig gegen eine sehr zahlreiche Gruppe der Bevölkerung „scharf zugeht“ war und in der gewiß argerniserregenden Parole gipfelte, daß der Mieterkühn nur die Haderlumpen schätze. Auch sonst erregen die Mehrheitsparteien wahrhaftig genug Ärgernis, wogegen wir nicht etwa den Zensur mobilisieren wollen, sondern wogegen wir nur die Freiheit unserer Propaganda verlangen. Aber die Regierung deckt jeden Willkürakt der Bürokratie. Sie stellt den Bezirkshauptlingen folgendes Zeugnis aus:

„Die Behörden waren in den Grenzen der Befugnisse pflichtgemäß bemüht, darauf zu achten, daß — bei der bis zu einem gewissen Grade aufgeregten Stimmung der Bevölkerung — kein Anlaß zu unüberlegten Handlungen gegen einzelne Gruppen der Bevölkerung und zur Verletzung der öffentlichen Ruhe und Ordnung überhaupt gegeben werde.“

Dieser Satz enthält ein wichtiges Eingeständnis, da bisher immer behauptet wurde, daß die Bevölkerung von den Regierungsmassnahmen geradezu entzückt sei. Der sachliche Inhalt dieser

Sprüche hast herbeiten können!“ Um mich mit anständiger Kleidung zu versehen, ging Papa Thiel nach dieser Rede mit mir zu einem seiner früheren Angestellten, der jetzt Leiter einer großen Firma war. Diesen fragte er um abgelegte Sachen. Der Herr sagte, er wolle sehen, was sich für mich finden ließe und bestellte mich auf den nächsten Tag in seine Wohnung. Als ich kam und am Glodenfeld zog, hatte ich erst einen Kampf mit dem Pförtner zu bestehen, der wie ein Wilder aus seiner Loge herausgerannt kam und mich nicht ins Haus hineinlassen wollte. Diese Sorte Mensch ist besser auf den Mann dressiert, als der blödeste Bluthund. Schließlich, nach langem Parolieren, gelang es mir doch, seinen Fängen und seinem Gebelle zu entweichen. Aber der Herr, der in violetten Unterhosen an die Tür kam, hatte noch nichts gerüstet und mußte auf eine Stunde später wieder vorzusprechen.

Ich schellte, nachdem die angemessene Zeit abgelaufen war, ein zweites Mal. Ein junges Mädchen ließ mich eintreten, wahrscheinlich wußte es schon, was ich wollte; denn sie zeigte ein unverkennbar hochmütiges Benehmen. Als meine Befangenheit so weit gewichen war, daß ich mich ein wenig in dem Raum umsehen konnte, zog ich die Augenbrauen nicht wenig hoch. Eine solche vornehme Einrichtung hatte ich noch nirgends gesehen, nicht einmal beim Herrn Schlumberger in Mülhausen, der die Schiffsjungenaspiranten zu Herberghausnächten untermiethet. Statt der Türen hingen hier überall keine Teppiche. Die Möbel, die ostentativ glänzten, daß es nur so eine Pracht war. Als Madame selber kam, war ich wie versteinert und traute kaum noch zu schreien, so schön und geschmackvoll war diese Frau. Alle Kassen und Kommoden schloß sie auf, und suchte passende Sachen für mich heraus. Zuerst einen Stuhl Wöhle, wie ich der Schmeichelei sollte ich ausprobieren. Ich wollte den Stuhl nicht ausprobieren; denn ich war ja ohne Feind schämte mich aber, das zu sagen. Madame brachte

es doch aus mir heraus und machte ein ganz mitleidiges Gesicht. Doch möchte ich rot werden, wie eine Jungfer, um das Hemdanprobieren kam ich doch nicht herum. Meinen vielen Einwänden machte Madame ein schnelles Ende, indem sie lachend sagte: „Ja, glauben Sie, Vester, Sie seien etwa der erste Mann, den ich nackt oder halb nackt sehe?“ Da kapitulierte ich vor dem merkwürdigen Zwang ihrer Augen.

Der mit Kleidung gefüllte Korb, den ich nachher mitbekam, war so groß, daß ich ihn kaum zu schleppen vermochte. Ich bedankte mich recht schön zum Abschied. Sie nahm meine Hand, hielt sie lange in der ihren, sah mich an und sagte: „Wenn ich einmal in Not und Elend wäre, würden Sie auch lieb und gut zu mir sein?“ Ich war erschrocken, wie ernsthaft sie das sprach. Mich selber würgte es nicht im Hals, als ich „Ja!“ zur Antwort gab. Sie lehnte sich in der Tür rasch um und erwiderte: „Ich glaube Ihnen!“

Name und Wohnung dieser Frau habe ich eine Zeit lang gewußt, aber später bei meinem unruhigen Leben schnell vergessen. Doch in den stillen Stunden, die mich später anlanten, mußte ich oft an sie denken. Erst da ist mir der Sinn ihrer Rede recht klar geworden. Sie war sicher nicht die Frau jenes reichen Manns, sondern nur seine Geliebte; denn eine Hausfrau verachtet nicht so ohne weiteres derart großzügig Kleidungsstücke ihres Eheherrn. Ich habe gefunden, Hausfrauen sind im Grunde ihrer Herzen eine nützliche, knifflige Nation, voller Schrecken und Gedenken, denen schier ein Stuhl vom Herzen bricht, wenn sie sich von einem Gewand trennen müssen. Hausfrauen sind eifersüchtig auf den Besitz und vergeuden nicht in der Art, die es diese Französin tat. Wie ist ihr wohl später ergangen? Wurde sie von ihrem „Freunde“ im Elend gelassen und gehört sie jetzt zu den Vielen, Vielen, den Namenlosen, den Ausgestoßenen? Oder ist das Leben barmherzig gewesen und hat sie im Glück sterben

lassen? Oder plätschert sie noch heute auf der Oberfläche des Luxus dahin? Ich weiß es nicht. Aber das weiß ich: sie war ein Mensch mit einem guten, überquellenden Gebirge. Ob ihre oder Maitresse, Ehefrau oder Ausgeschaltene, was gilt mir die Klassifikation der Welt! Ich habe nie einen Menschen getroffen, der zu mir barmherziger gewesen wäre, als diese unbekannte Frau.

Mit den frischen Kleidern konnte ich mich überall zeigen und brauchte nicht mehr verschämt hinter den Plakatsäulen zu stehen. In meiner freien Zeit bummelte ich nicht, sondern half dem alten Thiel bei seinen Muschelarbeiten. Nachts rief ich meine vier Stunden Bummelmusik herunter und ging dann schlafen, bald hierhin, bald dorthin, meist in ein kleines, abgelegenes Hotel. Oftmals wurde ich von Frauenpersonen angesprochen, ich sollte mitgehen, „um eine Viertelstunde lang glücklich zu sein“. Wüßte wirklich ein sonderbares Glück geworden sein; denn die meisten dieser Gassendamen waren alt, eckig, häßlich, verwunzt, verkümmert, und hingen sich an einen, wie die Kleiten, wenn man über einen Buchhang geht. Ich konnte zu keiner grob sein, die armen Menschen dauerten mich.

Manchmal standen sie zu Fünft und Sechst in den dunklen Gassen, wisperten und lauschten auf Beute. Red wie die Ratten sprangen sie einen an, wenn man vorbeikam: „Komm mit, Freund, komm mit!“

Ich kann nicht mitkommen.

„Ja, warum denn nicht, Liebling?“

Ich habe kein Geld.

„Ah, und doch hast du Geld!“ Und schon hatte ein unerschütterter Griff nach der Tasche gelangt. Viel ist nicht drin, Mädchen, und selbst wenn das Portemonnaie mit lauter Louis gespickt wäre, könnte ich doch nicht mit dir kommen.

„Und warum nicht?“

Weil ich krank bin.

(Fortsetzung folgt.)

Ausrede aber ist schon von vornherein durch die Ausführungen der Interpellation selbst widerlegt, in der es unter anderem heißt:

„Ebenso uneinheitlich wie die Auswahl der verbotenen Plakate war auch die Begründung der Verbote. Einige Bezirksverwaltungen begnügten sich mit dem eklamatorischen Hinweis auf die öffentliche Ruhe und Ordnung, die durch das Ankleben von Werbeplakaten wahrhaftig nicht gefährdet worden wäre, die meisten beriefen sich auf den § 300 des Strafgesetzes, obwohl die Tendenz der Plakate sich nicht gegen behördliche Anordnungen, sondern gegen die gegnerischen Parteien richtete, die Bezirksverwaltung in Freudenthal wiederum berief sich auf den § 302 des Strafgesetzes, bzw. § 14 (im amtlichen Verzeichnis unrichtig 40) des Schutzgesetzes, sie erblühte also in den Wahlplakaten eine Aufreizung gegen bestimmte Gruppen der Bevölkerung, obwohl doch mit den Wahlplakaten nur zur Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel „aufgereizt“ werden sollte.“

Gegenüber diesen klaren juristischen Darlegungen wirkt es geradezu komisch, wenn die Interpellationsbeantwortung das wahllose Durchwandern in der Konfiszierung wie folgt entzweifelt:

„Die ungleiche Art und Weise, in welcher die einzelnen Behörden die Zulässigkeit des betreffenden Plakates beurteilten, erklärt sich durch die Unterschiede in den momentanen Sicherheits-, politischen und sozialen Verhältnissen in den betreffenden Bezirken, die bei der Zensur des Plakates in Rücksicht gezogen werden mußten.“

Es war also in Trautenau ohne Gefahr für Ruhe und Sicherheit der Aktivisten zulässig, die drohende Faust des Proletariates, vor der die Kapitalisten fliehen, auf Plakaten darzustellen, wohingegen im Nachbarbezirk Arnau ein solches Beginnen zu blutigen Umwälzungen geführt hätte. Danach kann wohl unter den Sicherheitsverhältnissen nur die „momentane“ Gefährdung des jetzigen Polizeigewaltigen vorhanden werden. Wir waren dieser Meinung allerdings schon längst und freuen uns, daß Mehr-Partei uns beipflichtet.

Neben ihrem Inhalt ist aber die Interpellationsbeantwortung auch dadurch interessant, was sie nicht enthält. Zu der Interpellation wurde zum Beispiel gesagt:

„Charakteristisch ist, daß einzelne Behörden, z. B. die Bezirksverwaltung in Böhmisch-Weipa, ein Plakat, das an die Ereignisse am 4. März 1919 erinnerte, mit Berufung auf den § 16, Ziff. 1, des Schutzgesetzes (Wiltigung strafbarer Handlungen) verboten. Die Behörden erließen also im Gegensatz zu den einheitlichen Worten der Verfassungsurkunde in einer friedlichen Demonstration für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die noch dazu vor Ratifikation des Friedensvertrages erfolgte, eine strafbare Handlung. Es wäre ganz besonders interessant, die Stellungnahme des Herrn Justizministers zu dieser Frage kennen zu lernen.“

Es hat den Herrn Justizminister sicher gereizt, auf eine sehr interessante Frage eine ebenso interessante Antwort zu geben. Aber er kann sich nicht enthalten. Er bleibt stumm wie das Grab. In der Interpellation wurde weiter ausgeführt:

„Schon diese Ungleichmäßigkeit in den Verböten und ihre Begründung bezeugen, daß es sich nicht um Anwendung des Gesetzes, sondern um Willkür handelt, durch welche die Behörden im Widerspruch zu der ihnen obliegenden Objektivität der Regierungsparteien im Wahlkampf zu Hilfe kommen wollten. Aber die Ungleichheit dieses Vorgehens wird noch dadurch verstärkt, daß alle von den politischen Bezirksverwaltungen beantragten Plakate in Frage der Zensur vorgelegt und von ihr freigegeben wurden. Es ist schon bezeichnend genug für einen demokratischen Staat, daß Wahlplakatsmittel überhaupt einer Zensur unterliegen, wenn es aber im Belieben der Unterbehörde gelegen sein soll, zensurierte Plakate vom öffentlichen Anschlag auszuschließen, dann hört für oppositionelle Parteien jede Rechtssicherheit auf.“

Was antwortet die Regierung auf diese Feststellung, die in gewissem Sinne den Kernpunkt der Frage ausmacht? Keine Zeile, kein Wort, keine Silbe. Dagegen erteilt sie den Interpellanten weise Lehren:

„Im übrigen war in allen Fällen die Möglichkeit gegeben, im Instanzwege die Überprüfung der Richtigkeit des Verbotes herbeizuführen, was jedoch in keinem Falle erfolgte.“

Wir sind so unbedarft, daß wir eine Überprüfung, die erst viele Monate nach den Wahlen zu einem Ergebnis geführt hätte, für wertlos halten:

Alles in allem hat es den Anschein, als wäre nicht die Interpellationsbeantwortung eine Antwort auf die Interpellation, sondern umgekehrt, die Interpellation eine treffende Kritik der ministeriellen Stillübung. Aber die Herren Mehr-Partei und Cerny irren, wenn sie glauben, daß es ihnen ansteht, unter der — übrigens schlecht sitzenden — Maske einer naiven Korrektheit die Opposition zu frozeln. Das ist einfach eine Verhöhnung des parlamentarischen Interpellationsrechtes, die sich ein anderes Parlament nicht gefallen lassen würde. Nichts wird es den Herren freilich nichts. Alle reaktionären Eingriffe in die Freiheit der oppositionellen Propaganda werden nicht verhindern können, daß die Mehr-Partei bei den nächsten Wahlen in die Minderheit umgewandelt werden wird.

Im bulgarischen Erdbebengebiet.

Philippopol, 19. April. (Eig. Bericht). Die Erdstöße, die am letzten Samstag um 11 Uhr vormittags eintrafen, wurden in ganz Bulgarien verspürt. Der Herd des Erdbebens liegt in dem Bied der südbulgarischen Städte Paskowo, Start, Sagana, Philippopol und Vasilgrad. Die Städte Tschirpan und Borisovgrad sowie 17 Dörfer sind vollkommen zerstört. In Tschirpan sind bisher gegen 230 Erdstöße verzeichnet worden.

Der Zug, der uns an die Unglücksstätten bringt, fährt wegen der ständigen Entgleisungsgefahr im Schneckentempo. In den Dörfern links und rechts der Bahnlinie sieht man überall eingestürzte Kamine, Häuser, Kirchen und Scheunen. Je näher man an Tschirpan kommt, um so trauriger wird das Bild. Einzelne Dörfer sind ein einziger Trümmerhaufen. Die Bauern haufen auf freiem Felde in Zelten und Baracken.

Der Zug hält vor dem Bahnhof Tschirpan, der gänzlich zerstört ist. Die Familien der Beamten wohnen in drei Waggons. Tschirpan selbst ist fast völlig vernichtet. Es besteht aus 2300 Häusern und zählte bisher 11.800 Einwohner, die in der Hauptsache von der Landwirtschaft, dem Wein- und Tabakbau leben. Jetzt herrscht Grabestille. Die Stadt gleicht nur noch einem unbeschreiblichen Trümmerhaufen. Ungefähr 2000 Häuser sind eingestürzt. Sie bilden eine einzige Schuttmasse, aus der Betten, Stühle, Schränke, Uhren und Kleider hervorragen. Auch die noch stehenden Wohnungen sind schwer beschädigt. Die Wände zeigen breite Risse und drohen jeden Augenblick einzustürzen. Das größte Haus der Stadt, die Genossenschaftsbank der Tabakbauer, ein herrschaftliches Beisitzgebäude, ist wie eine Streichholzschachtel zusammengebrochen. Ein Teil der Opfer ist bereits geborgen. Der Kassierer, der 24 Stunden unter dem Geröll gelegen hatte, konnte lebend geborgen werden. Der Unglückliche starb aber kurz darauf an Herzschwäche. Unermüdlich wird an der Rettung der verschütteten Personen gearbeitet. Hausgeräte, Kleider und Waren werden gesammelt. Plötzlich liegt ein neues Opfer frei. Wir saßen alle zu. Da — ein neuer Erdstoß. Alles springt zur Seite, um nicht von den niederbrechenden Steinen und Balken erschlagen zu werden. Frauen und Kinder, die in der Nähe auf einem großen Plage stehen, schreien gellend auf.

Erschütternde Szenen spielen sich ab. Mütter rufen nach ihren Kindern und Männern, die sich zu nahe herangewagt haben. Die wildsten Gerüche schwirren durch die Luft. Sobald ein neuer Erdstoß erfolgt. Jede Viertel- bis Halbstunde zittert der Boden, stürzen neue Häuser.

Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert.

Die christlichsozialen Gewerkschaften beröfentlichten zum 1. Mai einen Aufruf, in dem es unter anderem heißt:

„Deshalb hält die christliche Gewerkschaftsbewegung schärfend die Hand über den Aktist und den Tag, über die Sozialversicherung, über den Betriebsrat und den Betriebsausschüssen. Sie fordert vielmehr einen Ausbau der sozialen Gesetzgebung durch Schaffung einer Arbeitslosenversicherung, durch endliche Verbesserung der Sozialversicherung der Privatangestellten, durch Einbeziehung der Land- und Forstarbeiter in die Unfallversicherung, eine den Wünschen der Arbeiter weitgehend entgegenkommende Bruchladensanierung und einer Versorgung der über 60 Jahre alten Personen.“

Man wird ja sehen, was von allen diesen Forderungen von einer Regierung verwirklicht werden wird, in der die Christlichsozialen selbst Vorläufer hat. Die christlichsoziale Partei bei allen Regierungsvorlagen den christlichsozialen Arbeitern einen Zutritt gegeben und deren Interessen nicht im geringsten berücksichtigt. Die christlichsozialen Arbeiter dürfen zwar die christlichsozialen Abgeordneten wählen, aber diese Abgeordneten scheeren sich — trotzdem sie fromme Herren sind — den Teufel darum, was die christlichsozialen Arbeiter wollen.

Der christlichsoziale Abgeordnete Bartel und die laienliche Hölle! Aus Groß-Allersdorf bei Mähr.-Schönberg wird uns folgendes mitgeteilt: Am 19. April l. J. fand abends im Schlosse Lichtenstein in Groß-Allersdorf ein Fackelzug zu Ehren des Gutsheeren Lichtenstein und seiner Gemahlin anlässlich der Silberhochzeit statt. Selbstverständlich konnten die üblichen Anstrebungen nicht ausbleiben, hatten doch unsere christlichen Freunde, selbst in Mähr.-Schönberg, alles aufgebieten und mit Lastautomobilen nach Bad-Allersdorf dirigiert, um Lichtenstein entsprechend huldigen zu können. Nach der Ansprache des Bürgermeisters von Groß-Allersdorf hielt der christlichsoziale Abgeordnete Bartel aus Mähr.-Schönberg für das katholische Volk eine Ansprache, die er mit den Worten „Kaiserliche Hoheit“ begann, weil Frau Lichtenstein aus dem Hause Habsburg stammt. Der reinste Monarchistenrummel im zehnten Jahre der Republik! Für die Arbeiterschaft hat man auf alle Fälle das Gesetz zum Schutze der Republik. Die Monarchisten brauchen aus ihrer schwarz-gelben Gesinnung kein Hehl zu machen. Das sind die neuesten Früchte der Bürgerbloddsinn. Der größte Teil der Bevölkerung von Groß-Allersdorf blieb dem von den Christlichsozialen inszenierten Rummel fern. Nur der deutschvölkische Gesang- und Turnverein, diese ehemaligen „Los-von-Rom“-

fer ein, ertönen neue Schreckensrufe. Viele Straßen weisen breite Risse auf; ganze Gebiete haben sich gekentert. Die Nachrichten über eine unter den betroffenen Familien ausgebrochene Hungersnot sind jedoch ungenügend. Das konnte ich überall feststellen.

Vorsichtswort, eine an der Linie Philippopol — Adrianopol geklagene Kleinstadt von etwa 5000 Einwohnern, hat den größten Sachschaden erlitten. Nicht ein Haus ist stehen geblieben. Da der erste Erdstoß in den Anfangssekunden schwächer war, konnten sich fast alle Leute ins Freie retten. Die Stadt ist von einem Kordon Soldaten umgeben, die jeden Zutritt zu den Häusern verhindern.

Die Zahl der Toten ist noch nicht festgestellt. Sie geht in die Hunderte. Ehe sie geborgen werden können, werden neue Erdschütterungen von katastrophalem Ausmaß gemeldet. Insbesondere ist Philippopol außerordentlich bedroht. Schon auf dem Wege nach dort folgen Erschütterungen der Erde auf Erschütterung. Die Telegraphenlinien sind vernichtet. Erst an Ort und Stelle werde ich feststellen können, wie die Natur gehaust hat.

Soz. Pressedienst.

Im zerstörten Philippopol.

Philippopol, 21. April. Die Stadt gewährt — mit Ausnahme eines einzigen zentralen Stadtteiles — einen traurigen Anblick. Sämtliche Stadtteile, insbesondere der katholische mit der katholischen Kirche, wurden mehr oder weniger stark beschädigt. Auch das katholische Krankenhaus, dessen Bau erst vor kurzem beendet wurde, ist eingestürzt. Der Materialschaden läßt sich bis jetzt nicht überblicken, doch ist es jetzt schon sicher, daß 1800 Häuser vollkommen zerstört wurden; 6000 Häuser sind unbewohnbar. Die Zahl der Toten wird nach den letzten Meldungen mit 25, die der Verwundeten mit 200 angegeben. Das Erdbeben rief fünf große Brände hervor, deren größter das große Militärlagerhaus mit Sanitätsmaterial im Werte von 300 Millionen Leva einäscherte. Infolge der Vernichtung dieser Vorräte befindet sich die Einwohnerschaft von 100.000 Köpfen in einer kritischen Lage und ist von Epidemien bedroht. Zahlreiche Familien verließen die Stadt und flüchteten nach Sofia oder nach Nordbulgarien, da die Unterbringung der Flüchtlinge in der Umgebung von Philippopol deswegen unmöglich ist, weil auch die Dörfer in der Umgebung vom Erdbeben vollkommen vernichtet und dem Erdboden gleichgemacht wurden. In den Dörfern wurden 50 Tote und 160 Verletzte gezählt.

Schreier, konnten doch die christlichen Betschwärmer mit und ohne Dosen nicht allein lassen und mußte ebenfalls Staffage machen. Herrlich weit ist es mit diesen deutschen Reden gekommen. So weit, daß sie schon den Christlichsozialen bei einem Fackelzuge nachlaufen.

Das sprachliche Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden. In der Polemik gegen das bekannte Erkenntnis des Obersten Verwaltungsgerichtes vom 27. März 1928, Zahl 3892/28, womit Artikel 78, Absatz 2, der Sprachenverordnung ausdrücklich und konkludent fast das ganze XIV. Hauptstück der Sprachenverordnung für ungültig erklärt worden ist, wird von tschechischer Seite behauptet, daß der § 3 des Sprachengesetzes ein Recht der Gemeinden und der anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften im Staate, ihren Sprachengebrauch selbst zu regeln, nicht anerkennt und daß auch das Oberste Verwaltungsgericht vor der bezogenen Entscheidung diesen Standpunkt nicht vertreten habe. Demgegenüber wird auf das Erkenntnis des Obersten Verwaltungsgerichtes vom 24. September 1926, Zahl 19.064, Boh. 5897, verwiesen, womit das Recht des Schulbezirksschulschusses als Vertreter des Schulbezirk zum Gebrauche der von ihm selbst bestimmten Geschäftssprache unter den Voraussetzungen der §§ 2 und 3 des Sprachengesetzes ausdrücklich anerkannt und aus dem § 3 des Sprachengesetzes abgeleitet wird. Es kann also keine Rede davon sein, daß das Verwaltungsgericht seinen ursprünglichen Standpunkt in dieser Frage geändert habe.

Landes- und Bezirksvertretungswahlen erst im November? Nach der „Tribuna“ gilt es als sicher, daß die Wahlen in die Bezirks- und Landesvertretungen auf den Herbst verschoben wurden. Es sei angeblich der einmütige Wunsch aller Koalitionsparteien, die im Jubiläumsjahr einen Wahlkampf vermeiden wollen. Der angesichts des gespannten Verhältnisses zwischen Mehrheit und Opposition sicher scharfe Formen annehmen würde. Da die Wahlen nicht vor Beendigung der Jubiläumsfeierlichkeiten ausgeschrieben werden dürften, kann man mit den Wahlen frühestens für die zweite Novemberhälfte rechnen. — Die Verschiebung der Wahlen auf den Herbst wäre in Wirklichkeit ein offenes Eingeständnis der Mehrheit, daß sie nicht mehr damit rechnen kann, bei den kommenden Wahlen die Mehrheit der Bevölkerung auf ihrer Seite zu sehen; unter diesen Umständen ist es natürlich klar, daß die Koalition einen Wahlkampf vor dem 28. Oktober um jeden Preis vermeiden möchte und damit rechnet, daß die Stimmung bei Wahlen, die noch unter dem Eindruck der eben verlaufenen Jubiläumsfeierlichkeiten vor sich gehen, für sie günstiger sein wird. Wäre die Koalition sicher, aus den kommenden Wahlen gestärkt hervorzugehen, dann würde sie ja sicher gerade deshalb noch rechtzeitig vor dem 28. Oktober wählen lassen, um ihre Festigkeit aufs neue dokumentarisch zu bekräftigen. Es zeigt sich wieder, daß die Koalition alles andere als „auf Beton“ gebaut ist!

Ein Propagandaagent für Rumänien.

Der rumänische Arbeitsminister Dr. Lupu fuhr nach Ostern nach England, um dort der antirumänischen Propaganda entgegenzutreten. Er wurde dazu ausgewählt, weil er seinerzeit in London in der Gefandtschaft war und überdies aus der Zeit, in der er sich noch nicht mit den Liberalen verbündet hatte, einen guten Namen hat. Seither ist viel Wasser aus der Donau in das Schwarze Meer geflossen und es ist nicht ohne Interesse zu wissen, wer dieser Arbeitsminister heute ist. Vor einigen Wochen hat er im Parlament den Arbeitsminister gefeiert, festlegen lassen. In den Begründungsreden folgte Dinu Bratianu, ein Bruder des Ministerpräsidenten, einer der größten Industriellen Rumaniens: „Das Gesetz muß gemacht werden und es soll gemacht werden, aber angewendet darf es nicht werden und wird es nicht werden.“ Genau daselbe hat der Innenminister Ducea, welcher jetzt auch den erkrankten Außenminister vertritt, einer Abordnung von Industriellen gesagt. Er fragte sie, warum sie denn beunruhigt wären: „Wissen Sie denn nicht, daß in Rumänien Gesetz gemacht werden, damit sie nicht eingehalten werden?“ Es ist also ein Spiel mit verteilten Rollen, das gespielt worden ist. Der eine bringt das Gesetz ein und betont seine theoretische Bedeutung und die anderen nehmen ihm jegliche praktische Anwendung.

Der Arbeitsminister hat vor den Ostern entgegen den ausdrücklichen Bestimmungen des Sonntagsruhegesetzes die Arbeitszeit um eine Stunde verlängert und den Freizeiten sogar das Essenhalten der Gehäfte an zwei gesetzlich festgelegten Ruhetagen gestattet. Es sei hervorgehoben, daß das Gesetz eine solche Verordnung ausdrücklich verbietet. Aber schon Dobrogeanu-Gherea hat gesagt: „Es wird die größte Revolution in Rumänien sein, wenn man einmal die Gesetze einhalten wird“, und die Liberalen sind wahrhaftig keine Revolutionäre.

Italienische Sticheleien gegen Frankreich.

London, 21. April. Die englische Presse berichtet heute abends aus Tunis, daß das italienische Königspaar, begleitet von dem italienischen Kolonialminister, sich nach dem kleinen Hafen Zura in nächster Nähe der Grenze von Tripolis und Tunis begeben hat, um dort die Guldungen einer Deputation von 300 Mitgliedern der italienischen Kolonie und der Faschistenorganisationen von Tunis (französisches Protektoratsgebiet) entgegenzunehmen. Die Presse vergleicht diese Reise des italienischen Königspaares mit der Demarche Wilhelms II. vor Tanger im Frühjahr 1905 und dem „Panterprung nach Agadir.“

Der Metallarbeiterkonflikt in Sachsen.

Die Aussperrung bisher unvollständig.

Dresden, 21. April. (Eigenbericht.) Sowohl die Metallindustriellen als auch der Metallarbeiterverband haben sämtliche drei bisher erlassene Schiedssprüche abgelehnt. Mitte nächster Woche sollen beim Reichsarbeitsministerium neue Verhandlungen stattfinden. Die angekündigte Aussperrung aller sächsischen Metallarbeiter ist noch nicht ganz durchgeführt, da eine große Reihe von Fabriken die vierzehntägige Kündigungsfrist einhalten muß. Da sich hieraus eine Monopolstellung gegenüber den nicht an eine Kündigungsfrist gebundenen Fabriken ergeben würde, hat auch von diesen eine größere Reihe den Betrieb bisher weitergeführt.

Benzin für die „Bremen“ unterwegs.

New York, 21. April. Wie aus Murray Bay gemeldet wird, werden Valden und Bennett um 6 Uhr früh mit ihrem Ford-Dreimotorenflugzeug von dort nach Greenly-Inland starten. Sie nehmen 60 Gallonen Benzin als Ladung mit, die für die „Bremen“ bestimmt sind und ausreichen werden, die „Bremen“ von Greenly-Inland bis Murray Bay zu bringen.

Mit dem Flugzeug nach Spitzbergen.

Detroit, 21. April. (Reuter.) Die Piloten Kapitän Willins und Seumani Nielsen sind nach einem Fluge von Alaska auf Spitzbergen gelandet. Sie haben die Strecke in 22 Stunden zurückgelegt.

Minoritätenkommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Die Minoritätenkommission der S. A. I. hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, eine eigene Tagung dem Problem der Minoritäten in Bulgarien, Griechenland und Jugoslawien, also dem Problem Mazedonien, zu widmen. Die Kommission wird einerseits die von den der S. A. I. angeschlossenen Parteien in den Balkanländern namhaft gemachten Fragen einvernehmen und andererseits mit den Vertretern der angeschlossenen Parteien selbst über die Probleme beraten. Die Tagung der Kommission wird im Anschluß an den Internationalen Kongress der S. A. I. am 13. und 14. August in Brüssel stattfinden.

Volkswirtschaft.

Die zunehmende Macht der Finanzierungsgesellschaften.

Die erste Phase der kapitalistischen Produktion ist gekennzeichnet durch eine allmähliche Entwicklung vom Klein- zum Großbetrieb, vom kleinen Bankgeschäft zum weitverzweigten und komplizierten Bankbetrieb. Es ist das typische Merkmal der gegenwärtigen Phase, daß alle diese Zwischenstufen überschritten werden und unmittelbar zur Errichtung mächtiger Unternehmungen übergegangen wird, die selbstverständlich großer Mengen von Kapital bedürfen.

Im Hochkapitalismus erfordert die Finanzierung derartiger Unternehmungen die Errichtung spezieller Institutionen,

deren Aufgaben sich durchaus unterscheiden von der Tätigkeit der Bankgeschäfte. Der generelle Zug dieser Finanzierungsgesellschaften ist, die Effekten anderer Unternehmungen an sich zu ziehen und sich auf diese Weise an ihnen zu beteiligen. Die Finanzierungsgesellschaften als solche haben stark voneinander abweichende Aufgabengebiete. — Was uns im Rahmen dieses Artikels besonders interessiert, ist der englische Typus derartiger Gesellschaften, der „Investment Trust Companies“, sowie die amerikanischen Gesellschaften, die unter dem Namen „Trust Companies“ bekannt sind, mit dem Trustwesen im üblichen Sinne aber nichts zu tun haben. Zweck der englischen „Investment Trust Companies“ ist, den Anlage suchenden Kapitalisten die Möglichkeit zu bieten, sich an rentierenden wie auch risikanten Unternehmungen zu beteiligen, ohne daß sich das Risiko, wie bei den direkten Anlagen, vergrößert. Nach der Definition Diesmanns, des Verfassers des bekannten Buches „Trusts und Kartelle“ werden mehreren Unternehmungen erworben und auf deren Besitz Anteile einer besonderen Beteiligungsgesellschaft ausgegeben, die man als

Kapitalanlagegesellschaften

bezeichnen kann. Dieser Typus hatte sich in England bereits stark entwickelt, noch bevor diese Art der Finanzierung in Amerika bekannt war. Da Amerika vor dem Kriege ein Schuldnerstaat war und die Errichtung solcher Gesellschaften die Finanzierung von in- und ausländischen Unternehmungen zum Ziele hat, konnte dieses System vor dem Kriege naturgemäß keine größere Bedeutung gewinnen.

Was England betrifft,

so zeigen die Ziffern der letzten Jahre, daß die „Trust Companies“ zusehends an Ausdehnung gewinnen und sich die Prognose, wonach eine weitere Entwicklung im selben Tempo nicht zu erwarten sei, nicht erfüllt hat. Die folgenden veröffentlichten, im folgenden wiedergegebenen Ziffern, sind eine Bestätigung dieser Auffassung.

Das Netto-Einkommen so gut wie aller Trust Companies ist zwischen 1913 und 1927 fortlaufend angestiegen. Die Dividenden von 1927 sind jedenfalls für keinen einzigen Trust niedriger gewesen als im Jahre 1926 und 10 von den 17 hauptsächlich in Betracht kommenden Gesellschaften haben ihre Dividenden sogar erhöht. Die Dividenden schwanken zwischen 7 und 21 Prozent.

Die amerikanischen „Trust Companies“, die die kapitalistische Zusammenfassung einer möglichst großen Anzahl von kapitalistischen Unternehmungen, zum Zwecke einer einheitlichen Kontrolle, zur Aufgabe haben, entsprechen in gewissem Sinne den deutschen Effekten- und Spekulationsbanken.

Die amerikanischen Trust Companies

haben seit dem Kriege, also seit sich Amerika in einen Gläubigerstaat umgewandelt hat, eine wahrhaft erstaunliche Entwicklung genommen. International sind sie deshalb von größerer Bedeutung weil sie vielfach in engstem Kontakt mit den Banken stehen und ihre Verbindungen sich über die ganze Welt erstrecken.

Wir geben hier zunächst einige Daten über

ihre Wachstum, die wir der amerikanischen Zeitschrift „The Commercial and Financial Chronicle“ entnehmen. Das Charakteristische für das Jahr 1927 ebenso wie für die unmittelbar vorausgegangenen Jahre ist, wie die Zeitschrift bemerkt, das Wachstum und die Ausdehnung der Trust Companies in einer immer pronanzierteren Form. Die Depositengelder aller „Trust Companies“ in New York sind in den letzten Jahren wie folgt gestiegen: November 1921: 2.001.080.342 Dollar; November 1925: 2.968.206.137 Dollar; November 1926: 3.090.619.710 Dollar; November 1927: 3.809.385.206 Dollar.

Dies bedeutet allein im letzten Jahre eine Vermehrung der Depositionen um 718.765.496 Dollar.

Was die Gewinne betrifft, so sind diese in den Jahren 1925, 1926 und 1927 auf 288.624.503 beziehungsweise 346.840.350 und 424.247.856 Dollar gestiegen.

Charakteristisch ist auch die folgende Bemerkung: „Verschmelzung und Fusionierung der Trust Companies sind genau so auf der Tagesordnung wie im allgemeinen bei den Banken. Diese Verschmelzungen bedeuten nicht nur, daß ein Trust im anderen aufgeht, sondern auch die Absorbierung von National- und Staatsbanken durch die Trusts“.

Auf diese Weise können die Trusts allmählich alle möglichen Banktransaktionen ausführen und Anteile abschließen.

Die Trust Companies, wie sie hier skizziert wurden, sind gewissermaßen die Vorläufer und zugleich die Vorbedingung für die internationalen Finanzgrundungen mit Partnerhaft der Banken, mit dem europäischen Kontinent als Betätigungsbereich. Vor allem seit 1924, genauer gesagt seit dem Dawes-Abkommen, haben die amerikanisch-europäischen Finanzgrundungen an Ausdehnung gewaltig zugenommen.

Der außerordentliche Kapitalbedarf in den mitteleuropäischen Ländern hat den Export an amerikanischem Privatkapital stark begünstigt. Im Jahre 1923 betrug der amerikanische Kapitalexport nach Europa noch nicht ein Sechstel des gesamten Kapitalexports; im Jahre 1924 stieg er auf ein Viertel und im Jahre 1925 erreichte er die Hälfte. Im Jahre 1926 blieb die Ausfuhr beinahe auf der gleichen Höhe.

Das Jahr 1927 zeigt ein weiteres Ansteigen.

Nach den Angaben eines bekannten amerikanischen Finanziers, Dr. Max Winkler, betrug die Gesamtschuld aller Länder an Amerika 25 Milliarden Dollar,

eine Höhe, die sich aus den Investitionen Amerikas in Form von Anleihen an Regierungen, Provinzen und Gemeinden sowie an Privatunternehmungen erklärt.

In welchem Ausmaß das amerikanische Kapital an den verschiedenen Unternehmungen Europas beteiligt ist, zeigen die Beispiele für 1927.

Die Vereinigten Staaten finanzieren in Deutschland Waldzuckerfabriken, Stahlfabriken, hydroelektrische Betriebe, Warenhäuser, Textilfabriken, Schiffahrtsgesellschaften und eine Reihe finanzieller Einrichtungen; in Luxemburg, Bulgarien und Rumänien Stahlfabriken; in Holland, Ungarn und Österreich Banken und finanzielle Einrichtungen; in Italien, Norwegen und Japan hydroelektrische Betriebe; in Belgien Eisenbahnen; in Frankreich und Italien Automobilfabriken; in Österreich Telefonbetriebe; in England, Frankreich und Italien Schiffahrtsgesellschaften. Diesen Tatsachen können zur Illustration noch folgende Ziffern hinzugefügt werden. Im Jahre 1913 betrug das in Europa investierte Kapital 350.000.000 Dollar; im Jahre 1927 4.327.000.000 Dollar, das ist eine Zunahme von nicht weniger als 1136 Prozent.

Wenn man diese Betrachtung in der Hauptsache auch auf die Finanzierung Europas durch Amerika beschränkt hat, so sei hier in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß innerhalb der letzten Jahre in Europa Investierungs- und Finanzierungsgesellschaften von rein kontinentaler Bedeutung ins Leben gerufen wurden, die, wenn sie auch hinsichtlich ihrer Bedeutung mit den amerikanischen „Trust Companies“ nicht vergleichbar sind, doch von der

zunehmenden Herrschaft des Finanzkapitals in der oben angedeuteten ungeordneten Form Zeugnis ablegen.

Zämmereicher Zusammenbruch einer kommunistischen Streikaktion in Marienbad.

Die revolutionäre Bauarbeitergewerkschaft kriecht vor den Unternehmern zu Kreuze.

Die kommunistische Gewerkschaftsstatistik hat diese Woche in Marienbad einen neuen Vankrott erlebt. Einige J.A.B.-Anhänger wählten dort schon seit längerer Zeit gegen den deutschen Bauarbeiterverband, nur wohl um zu zeigen, daß die „roten Gewerkschafter“ Lohnkämpfe viel besser zu führen verstehen, als die „Reformisten“, haben die kommunistischen Mäcker am Montag auf zwei Bauten einen Teilsstreik arrangiert. Der deutsche Bauarbeiterverband, welcher für das Marienbader Gebiet einen festen Lohnvertrag besitzt, lehnte eine Teilnahme an dieser wilden Aktion

rundweg ab. Die Kommunisten hatten nun Gelegenheit, allein zu zeigen, was sie können. Und was ist das Ergebnis: Schon nach einem halbtägigen Dauerbruch der kommunistischen Streikenden zusammen. Als am Dienstag mittag die Unternehmer mit der fristlosen Entlassung der Streikenden drohten, gab die „kompromisslose“ Streikleitung den Befehl zur Arbeitsaufnahme, ohne daß ein neuer Vertrag abgeschlossen oder der geringste Erfolg erzielt worden wäre.

Unter dem Eindruck dieses Zusammenbruchs der kommunistischen Streikaktion traten dem deutschen Bauarbeiterverbande sofort zwölf neue Mitglieder bei.

Konzentration in der Pilsener Brauindustrie.

Die Pilsener Bank, die bereits bei einer Reihe von Konzentrationen in der Pilsener Brauindustrie aktiven Anteil genommen und unter anderem die Fusion der Bürgerlichen Brauerei in Pilsen mit der „Prior“-Brauerei in Pilsen durchgeführt hat, beschäftigt sich, wie die „Wirtschaft“ meldet, gegenwärtig mit der Fusion der ihr nahe stehenden Stenowitzer Aktien-Brauerei mit der Altpilsener Bräuhaus-Aktiengesellschaft. Sie hat kürzlich die überwiegende Mehrheit der Aktien des Altpilsener Bräuhauses von der Rulmbacher Rizzibrau-A.G., Rulmbach, erworben. Der Kaufpreis soll etwa 3,5 Millionen Kronen betragen haben.

Gerichtssaal.

Ein Streik um eine Parzelle von 10 Zentimetern.

Prag, 21. April. Vor dem Prager Landesgericht für Zivilsachen fand dieser Tage ein interessanter Prozeß statt. Es handelte sich nämlich in diesem Falle um nichts anderes als um eine Parzelle in der Größe von zehn Zentimeter Breite. Neben der Weinberger Post in der Mährischen Gasse befinden sich zwei große Zinshäuser, die von Genossenschaften erbaut wurden. Das eine Zinshaus gehört dem „Obecní průmyslu státního družstva nájemnického domu ve Věle Praze“, dessen Direktor ein Disponent Pruska ist. Als das Zinshaus dieser Genossenschaft bereits erbaut war, konstatierte die andere Genossenschaft „Stavobni družstvo rodninných domů na Vinohradech“, dessen Direktor ein Ing. Kolbada ist, daß das bereits fertige Haus der anderen Genossenschaft einen Streifen von zehn Zentimetern ihrer eigenen Parzelle einnehme. Da die ganze Parzelle eine Tiefe von 33,5 Meter hat, war es also ein genug langer Streifen. Während die zweite Genossenschaft nun ihr Haus zu bauen begann, kam es zwischen den beiden Genossenschaften zu Streitigkeiten. Die eine Genossenschaft verwies auf ihren Kaufvertrag mit dem früheren Parzelleninhaber, nach welchem der Hausbau genau nach dem gekauften Parzellenanmaß durchgeführt wurde, die andere Genossenschaft verwies auf ihren Kaufvertrag, nach welchem sie durch den Hausbau um genau 10 Zentimeter Bodenbreite vergrößert wurde. So kam es also zur Klage. Die um den Streifen von 10 Zentimeter vergrößerte Genossenschaft verlangte dafür eine Entschädigung von 100.000 K. Die Klage wurde damit begründet, daß die Genossenschaft um 10 Zentimeter Parzelle vergrößert wurde, also ein um diesen Streifen kleineres Haus erbauen mußte. Da das bei einem Haus mit acht Stockwerken 12,80 Quadratmeter Fläche ausmachte und in dem Zinshaus für jeden Quadratmeter 100 K Zins jährlich gezahlt werden, bedeutete dies jährlich einen Schaden von 1280 K. Da es sich aber um ein ganz neues Haus handelt und die klägerische Partei doch nicht von ihrem Gegner erwartet, daß er sein Haus wegen der 10 Zentimeter niederreißen werde, ist hier ein ständiger, nicht mehr zu behebender Schaden entstanden, so daß eine Entschädigung von 100.000 K angemessen erscheine.

Die geklagte Genossenschaft machte sich erbötig,

2500 K für den Kasten der eingenommenen Parzelle zu bezahlen. Dieses Anerbieten wurde vom Kläger abgewiesen. Daraufhin erhoben die Beklagten gegen die Klage den Einwand: „Es ist wohl wahr, daß wir 10 Zentimeter Parzelle des Nachbarn mit unserem Hause einnehmen, aber dies geschah nur infolge einer fehlerhaften Angabe in unserem Kaufvertrage. Wir sind bereit, eine Vergütung zu leisten, keinesfalls aber die geforderte. Das Haus hat wohl acht Stockwerke, doch sind nur sechs bewohnt, die anderen sind der Boden und der Keller. Der vergrößerte Flächenraum spielt keine Rolle, da die Mieter genau so viel Zins bezahlen, als wenn sie die Räume um 10 Zentimeter größer hätten. Wir sind bereit, den Kaufpreis für die von uns verbundene Parzelle zu bezahlen.“

Nun wurden erst Baumeister als Sachverständige einvernommen, die den Gemeinboden mit 20245 K bemessen. Die Kläger ermahnten nun ihren Anspruch auf diesen Betrag. Da die geklagte Partei noch nicht einverstanden war, wurde der Prozeß um die 10 Zentimeter Parzelle für Mal verlag.

Vor der Bahnstation.

Prag, 20. April. Zwei Trunksene, der 28jährige Alois Hanzl und der 20jährige Oldřich Redobš, lehnten in einer Dezembernacht heim. Unterwegs suchten sie die Bahnstation in Lieben überqueren. Die Schranke war herabgelassen worden, weil der Schnellzug vorbeifahren sollte. Der Bahnwächter wollte es verhindern, daß die beiden Trunksenen, die Anstalten machten, durch die Schranke zu kriechen, ihren Voratz ausführen, weil sie vom heranströmenden Schnellzuge überfahren werden konnten. Aus Dankbarkeit warfen sie ihn mit einem Stein, würgten ihn und drohten ihm, ihn unter den Zug zu werfen. Beide Parteien wurden wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit angeklagt. Die Verteidigten sich vor dem OLG. Plouzeff damit, daß sie „nur einen Scherz“ gemacht hätten. Für diesen „Scherz“ wurde Redobš zu sechs Monaten schweren Kerker, Hanzl zu vier Monaten verurteilt. Die bedingte Verurteilung wurde von ihrer früheren Unbescholtenheit abhängig gemacht und wird erst nach Entlangen der Leumundsnote entschieden werden.

Kleine Chronik.

Der senkrechte Flug.

Von Hühnig.

Das Problem der Lösung des vertikalen Aufstieges von Flugzeugen beschäftigt heute stärker als je zuvor die Luftfahrttechnik. Man bezeichnet Flugzeuge, die vom Start aus senkrecht in die Höhe steigen können, als „Helicopter“. Im vorigen Jahre erreichte ein spanischer Flieger durch eine Maschine zur Lösung dieses Problems berechtigtes Aufsehen. Sein Apparat besaß sehr große, horizontal laufende Propeller auf den üblichen Tragflächen. Durch diese Propeller wurde der Flugapparat in vertikaler Richtung sozusagen in den Luftraum hineingeführt. Seither hat man von diesen Versuchen, die ja auch in Johannesburg bei Berlin durchgeführt wurden, nichts mehr gehört. Ein horizontalliegender Flugzeug durch die in vertikalen Ebenen laufenden Propeller nur vorwärts in den Luftraum hineingeführt, während der gesamte Apparat durch die unter den Tragflächen entstehenden Luftwirbel getragen wird und dahinschwebt. In der Entwicklung der Flugzeugform hat das Studium des Vogelfluges und ganz besonders die Stellung und die Form der ausgebreiteten Schwingen beim Gleitflug eine sehr wesentliche Rolle gespielt. Wir können gerade im Flugwesen an Beispielen aus dem Tierleben immer sehr viel lernen. Der Aufstieg jeder Vögel in senkrechter Sinne oder doch in einem sehr steilen Winkel zur horizontalen Ebene geschieht durch außerordentlich rasches Flattern der Flügel. Hierüber hat ein russischer Flugzeugingenieur jetzt eingehende Beobach-

gen gemacht und hofft, durch Anwendung des Prinzips rasch flatternder Flügel einen brauchbaren Helicopter-Apparat konstruieren zu können. Man muß die weiteren Experimente in dieser Beziehung abwarten. Wenn der Adler durch seinen wagrechten Gleitflug und den Weg zur Lösung des wahren, dahinschwebenden Flugzeuges gewiesen hat, so können vielleicht Studien, vor allem kinematographische Aufnahmen des Fluges senkrecht aufsteigender Vögel, in der Verle, den Weg zur Konstruktion eines brauchbaren Helicopter-Apparates zeigen.

Das als Seepferd wegen der Ähnlichkeit des Kopfes und der Röhre bekannte kleine Wassertierchen hat die Fähigkeit, senkrecht im Wasser aufzusteigen. Dabei bedient es sich mit einer einzigen Flosse, die im senkrechten Sinne, also parallel zu seinem Rücken auf dem Rücken hervorsteht. Im Aquarium eines zoologischen Gartens kann man diesen senkrechten Aufstieg eines Seepferdchens in aller Ruhe beobachten. Vielleicht gibt auch diese senkrecht stehende Rückenflosse eine Möglichkeit zur Lösung des Konstruktionsproblems eines Flugzeuges, das sich vom Standort direkt senkrecht emporheben kann.

Heute haben wir in den Landungshäfen der Flugzeuggesellschaften und Fliegertruppen noch weite Auffläche zum Start und zur Landung von Flugzeugen nötig. Land kostet bekanntlich, besonders in der Nähe großer Städte, sehr viel Geld, und ausgedehnte Flugplätze bedeuten daher immer eine riesige Kapitalanlage. Durch den rasstlosen Fortschritt unserer Technik wird es zweifellos in absehbarer Zeit gelingen, auch das Problem des senkrechten Fluges vom Standort einer kleinen Fläche aus und der entsprechenden senkrechten Landung zu lösen. Zukünftige Gesellschaften werden beim Anblick

der Darstellung unserer riesigen Flugplätze von heute vielleicht lächeln.

Ist erst das Problem des senkrechten Fluges gelöst, dann wird man vom Gebäude der Flugzeuggesellschaft aus, das neben den Büros und Werkstätten der Arbeiter und Angestellten auch zugleich Wartezimmer und Unterkunftsräume für die Passagiere enthält, direkt senkrecht starten können. Ebenso wird die Landung in senkrechtem Sinne auf dem Flachdach des Gebäudes erfolgen. Sicherlich wird die Lösung dieses Problems dem betreffenden Erfinder ein großes Vermögen einbringen.

Die Enthüllung des etruskischen Sprachrätsels.

Bei dem ersten Internationalen Sprachforschertag, der im Haag 200 Gelehrte aus 23 verschiedenen Ländern vereinte, bildeten den Höhepunkt die mit großer Spannung erwarteten Mitteilungen des italienischen Sprachgelehrten Prof. Trombetti von der Universität Bologna über die etruskische Sprache. Seit mehr als 200 Jahren beschäftigt dieses Rätsel die Sprachgelehrten, und es hat viel dazu beigetragen, einen romantischen Schimmer um dieses geheimnisvolle Volk zu legen, das in enger Verbindung mit den alten Römern stand und dessen Wirklichkeitsroße und ausdrucksvolle Kunst einen so bedeutenden Eindruck hinterläßt. Trombetti betonte, daß die Etrusker wie die amerikanischen Mayavölker eine ausgeflossene und wenig bekannte Kultur besaßen. Sie waren jedoch zuerst die Beherrscher von Rom, Perseus, der „Vater der Geschichte“, vermutete, daß sie Lyder waren, die von Kleinasien herüberkamen. Sie sind jedenfalls von den Römern aufgefressen worden, und während eine ständige Reihe von Kunstwerken von ihrer geistigen Größe zeugen,

sind von ihrer Sprache und Schrift mit einer einzigen Ausnahme nur kurze Inschriften erhalten geblieben, die mehr oder weniger in derselben Form erscheinen. Die glückliche Ausnahme ist das berühmte „Libor Lintous“, ein Buch auf Leinen geschrieben, was in Streifen gerissen und für die Umwindung der Mumie einer etruskischen Dame verwendet worden war. Diese Mumie wurde in Ägypten entdeckt und befindet sich jetzt im Museum zu Agram.

Auf dem Studium dieses Fundes ist zum großen Teil die seit 20 Jahren betriebene Erforschung der Sprache durch Trombetti aufgebaut. Das Alphabet bietet keine Schwierigkeiten, aber die Worte selbst scheinen von dem Lateinischen sehr entfernt zu sein. Der Gelehrte ist zu der Ansicht gelangt, daß das Etruskische zu den lautstarken und indogermanischen Sprachen gehört, und zwar sich enger an das Indoeuropäische anschließt. Er glaubt, daß es in die Gruppen von Sprachen einzureihen ist, zu denen die vorhellenischen und die alten Sprachen Kleinasien gehören. Danach sind die Etrusker zu der großen indoeuropäischen Familie zu zählen, die aus Kleinasien nach Europa vordrang. Das Etruskische kann nicht als eine isolierte Sprache bezeichnet werden, sondern ist in seiner Grammatik und seinem Wortschatz mit verschiedenen anderen Sprachen, von denen einige erst in neuester Zeit studiert worden sind, verwandt.

Ein medizinisches Wunder.

In Denaby bei Doncaster starb dieser Tage im Alter von 25 Jahren John William Cuttill. Er hatte sich bei einem Unfall im Jahre 1918 das Genick gebrochen, starb aber damals nicht, sondern konnte bis heute am Leben erhalten werden. Er war während dieser neun Jahre ein ständiges Versuchungsobjekt seitens der medizinischen Wissenschaft aller Länder.

